

Anstieg der Industrieproduktion im Mai gegenüber dem Vormonat

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Mai 2017 gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, um 2,1 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

In allen drei industriellen Hauptgruppen erhöhte sich der Output. In der Konsumgüterindustrie fiel der Anstieg gegenüber dem Vormonat am höchsten aus (+3,2 Prozent). Die Investitionsgüterhersteller steigerten ihren Güterausstoß um 1,5 Prozent. Die Vorleistungsgüterproduktion legte um ein Prozent zu.

In den drei umsatzstärksten Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelte sich die bereinigte Produktion unterschiedlich. In zwei der drei Branchen lag der Output über dem Niveau des Vormonats. Im Maschinenbau, der Industriebranche mit dem drittgrößten Umsatz, erhöhte sich der Güterausstoß um 3,5 Prozent. In der Chemischen Industrie, der umsatzstärksten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, stieg der Output um ein Prozent. Der Fahrzeugbau, der Industriezweig mit dem zweithöchsten Umsatz, drohte hingegen seine Produktion um zwei Prozent.

Gegenüber dem Vorjahresmonat ist der bereinigte Produktionsindex um 1,4 Prozent gestiegen. Zwei der

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Mai 2017		Jan. bis Mai 2017	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	April 2017	Mai 2016	Jan. bis Mai 2016	
Entwicklung der Produktion				
Industrie	2,1 % ↑	1,4 % ↗	2,2 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	1,0 % ↗	-1,8 % ↓	-0,9 % ↓	
Investitionsgüterproduzenten	1,5 % ↗	3,3 % ↑	1,2 % ↗	
Konsumgüterproduzenten	3,2 % ↑	6,8 % ↑	10,3 % ↑	
Chemie	1,0 % ↗	-10,1 % ↓	-6,5 % ↓	
Fahrzeugbau	-2,0 % ↓	-6,8 % ↓	-4,9 % ↓	
Maschinenbau	3,5 % ↑	13,4 % ↑	7,9 % ↑	
Entwicklung der Auftragseingänge				
Industrie	0,5 % ↗	8,8 % ↑	8,1 % ↑	
Inland	1,8 % ↗	7,0 % ↑	4,0 % ↑	
Ausland	-0,8 % ↓	10,2 % ↑	10,7 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	1,2 % ↗	8,9 % ↑	7,9 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	0 % →	6,1 % ↑	5,8 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	-4,1 % ↓	18,6 % ↑	14,8 % ↑	
Chemie	1,4 % ↗	12,2 % ↑	9,8 % ↑	
Fahrzeugbau	1,7 % ↗	7,3 % ↑	5,7 % ↑	
Maschinenbau	0,7 % ↗	8,8 % ↑	9,2 % ↑	

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

drei Hauptgruppen verzeichneten Zuwächse; lediglich in der Vorleistungsgüterindustrie war der Güterausstoß niedriger als ein Jahr zuvor. Die Chemische Industrie und der Fahrzeugbau mussten deutliche Einbußen hinnehmen, während die Maschinenproduktion kräftig zulegte.

Auftragseingänge im Mai etwas höher als im Vormonat

Im Mai 2017 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie leicht gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis

vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 0,5 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Während sich das Ordervolumen aus dem Inland im Mai um 1,8 Prozent erhöhte, gingen die Bestellungen aus dem Ausland um 0,8 Prozent zurück. Unter den drei industriellen Hauptgruppen konnte die Vorleistungsgüterindustrie von einer Nachfragesteigerung profitieren (+1,2 Prozent). Die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller blieben gegenüber dem Vormonat unverändert. Im Konsum-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



güterbereich sank das Ordervolumen hingegen um 4,1 Prozent.

In den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes gingen im Mai mehr Aufträge ein als im April. In der Chemischen Industrie stiegen die Bestellungen um 1,4 Prozent. Im Fahrzeugbau erhöhte sich die Nachfrage um 1,7 Prozent. Im Maschinenbau lag das Ordervolumen um 0,7 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

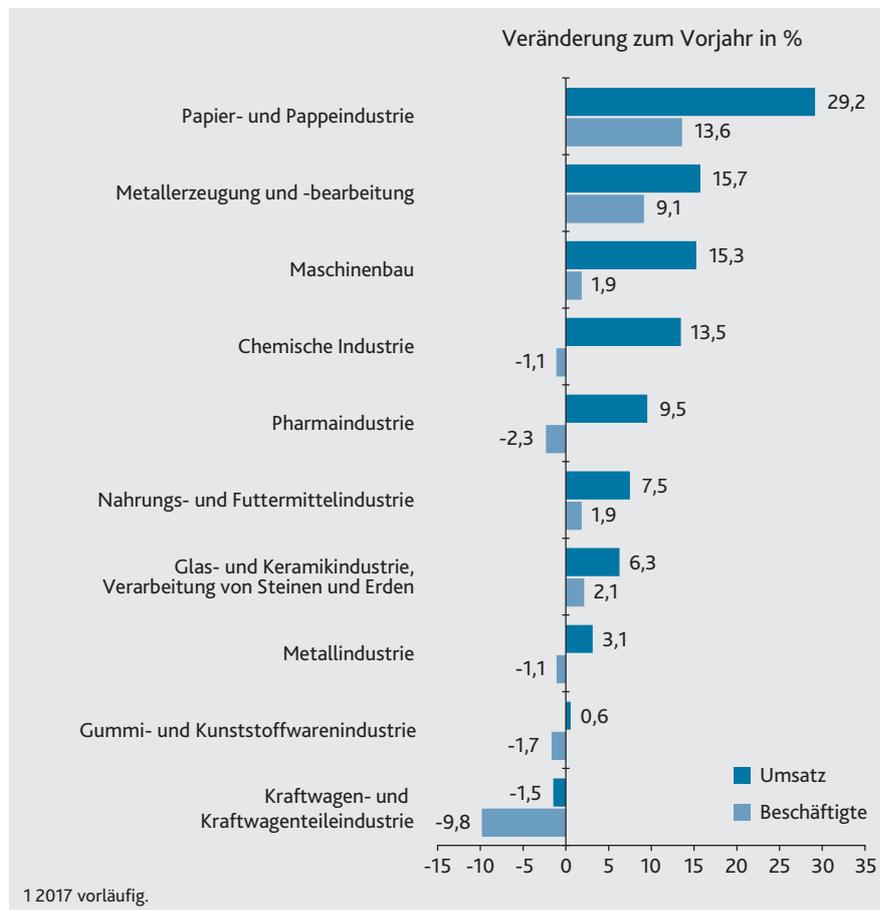
Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die bereinigten Auftragseingänge der rheinland-pfälzischen Industrie kräftig gestiegen (+8,8 Prozent). Die Bestellungen aus dem Inland erhöhten sich um sieben Prozent; das Ordervolumen aus dem Ausland legte um zehn Prozent zu.

Industrieumsätze von Januar bis Mai über dem Vorjahresniveau

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie sind im Vorjahresvergleich kräftig gestiegen. Die Industriebetriebe erwirtschafteten von Januar bis Mai 2017 Erlöse in Höhe von 39,2 Milliarden Euro; das waren 9,2 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +6,3 Prozent).

Die Umsätze im In- und im Ausland legten deutlich zu (+8,5 bzw. +9,8 Prozent); Deutschland: +5,5 bzw. +7,2 Prozent. Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten 56,7 Prozent ihrer Erlöse im Auslandsgeschäft (Deutschland: 50,2 Prozent). Die Exportquote lag leicht über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (+0,3 Prozentpunkte; Deutschland: +0,4 Prozentpunkte).

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar bis Mai 2017¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



In den rheinland-pfälzischen Industrieunternehmen waren von Januar bis Mai 2017 im Durchschnitt 253 000 Personen tätig. Die Zahl der Beschäftigten hat sich damit gegenüber dem Vorjahreszeitraum nur leicht verändert (+0,1 Prozent; Deutschland: +1,1 Prozent). Es wurden 165,4 Millionen Arbeitsstunden geleistet, was einen Anstieg um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet (Deutschland: +2,1 Prozent).

In neun der zehn umsatzstärksten Industriebranchen waren die Erlöse in den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 höher als ein Jahr zuvor. Die

größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+29 Prozent). In der Metallerzeugung und -bearbeitung, im Maschinenbau sowie in der Chemischen Industrie gab es ebenfalls zweistellige Zuwachsraten. Erlösrückgänge mussten nur die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen hinnehmen (-1,5 Prozent). Die starken Unterschiede in der Umsatzentwicklung der verschiedenen Industriezweige sind teilweise auf geänderte Branchenordnungen größerer Betriebe zurückzuführen, die in einzelnen Teil-

bereichen der Industrie den Vergleich zum Vorjahreszeitraum beeinflussen.

Die geänderte Branchenzuordnung größerer Betriebe wirkt sich auch auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Fünf der zehn umsatzstärksten Branchen verzeichneten einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die größten Steigerungen gab es in der Papier- und Pappeindustrie sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung (+14 Prozent bzw. +9,1 Prozent). In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen gingen die Beschäftigtenzahlen hingegen deutlich zurück (-9,8 Prozent).

Weniger Aufträge, höhere Umsätze im Bauhauptgewerbe

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Mai 2017 weniger Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge gingen im Vergleich zum April 2017 – kalender- und saisonbereinigt – um 8,5 Prozent zurück. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich dagegen leicht um 0,5 Prozent. Gegenüber den ersten fünf Monaten 2016 zog das Ordervolumen um 13 Prozent an, der Umsatz stieg um zwölf Prozent.

Im Vergleich zum April 2017 verringerte sich die Nachfrage nach Bauleistungen im Hochbau um drei Prozent. Im Tiefbau gingen die bereinigten Auftragseingänge sogar um 14 Prozent zurück. In allen Baubereichen fielen die Auftragseingänge niedriger aus als im Vormonat. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau (-22 Prozent)

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Mai 2017		Jan. bis Mai 2017
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	April 2017	Mai 2016	Jan. bis Mai 2016
Auftragseingang	-8,5 % ↓	-2,1 % ↓	13,1 % ↑
Hochbau insgesamt	-3,0 % ↓	11,0 % ↑	17,0 % ↑
Wohnungsbau	-3,1 % ↓	29,9 % ↑	21,1 % ↑
gewerblicher Hochbau	-0,5 % ↓	25,3 % ↑	19,0 % ↑
öffentlicher Hochbau	-6,5 % ↓	-32,9 % ↓	11,1 % ↑
Tiefbau insgesamt	-13,9 % ↓	-13,5 % ↓	9,7 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-11,5 % ↓	-8,7 % ↓	33,0 % ↑
Straßenbau	-11,5 % ↓	-16,3 % ↓	7,3 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-22,4 % ↓	-14,1 % ↓	-9,0 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	0,5 % ↗	17,8 % ↑	11,8 % ↑
Hochbau insgesamt	-0,9 % ↘	11,0 % ↑	9,8 % ↑
Wohnungsbau	1,7 % ↗	24,5 % ↑	18,1 % ↑
gewerblicher Hochbau	0,2 % ↗	9,2 % ↑	10,0 % ↑
öffentlicher Hochbau	-9,2 % ↓	-8,4 % ↓	-5,4 % ↓
Tiefbau insgesamt	1,8 % ↗	25,0 % ↑	13,9 % ↑
gewerblicher Tiefbau	4,6 % ↑	19,8 % ↑	8,2 % ↑
Straßenbau	-2,2 % ↓	21,3 % ↑	14,6 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	6,6 % ↑	35,6 % ↑	17,6 % ↑

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

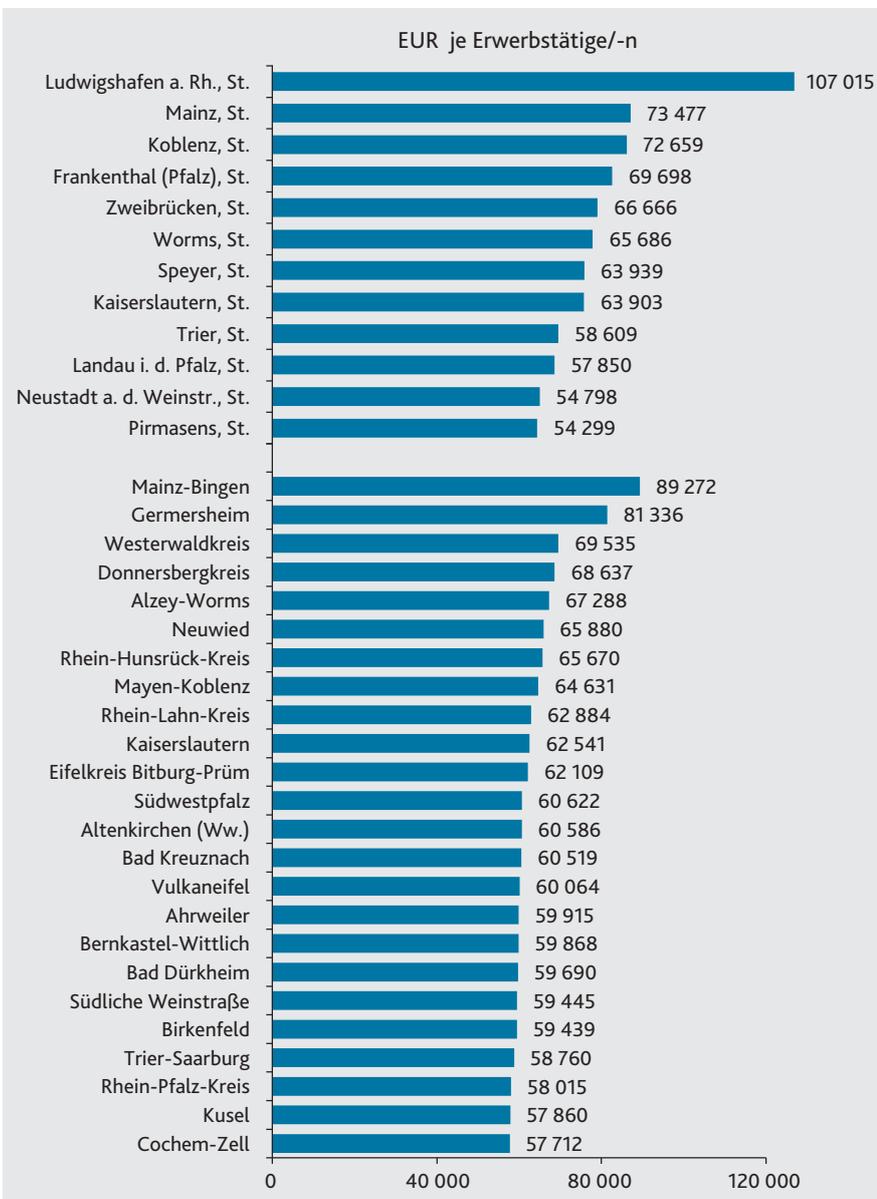
sowie im gewerblichen Tiefbau und im Straßenbau (jeweils -11,5 Prozent) sanken die bereinigten Auftragseingänge am stärksten. Die geringsten Auftragseinbußen errechnen sich dagegen für den gewerblichen Hochbau (-0,5 Prozent). Gegenüber den ersten fünf Monaten 2016 wurden sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau kräftige Auftragszuwächse registriert (+17 bzw. +9,7 Prozent).

Im Vergleich zum April 2017 erhöhten sich die bereinigten Erlöse im Tiefbau um 1,8 Prozent. Für den Hochbau errechnet sich dagegen ein Rückgang um 0,9 Prozent. Am stärksten legten der sonstige öffentliche Tiefbau sowie der gewerbliche Tiefbau zu (+6,6 bzw. +4,6 Prozent). Sinkende Umsätze ver-

zeichneten der öffentliche Hochbau sowie der Straßenbau (-9,2 bzw. -2,2 Prozent). Gegenüber den ersten fünf Monaten 2016 zogen die baugewerblichen Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutlich an (+14 bzw. +9,8 Prozent).

Anstieg des Bruttoinlandsprodukt in fast allen Städten und Landkreisen

Fast alle rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke verzeichneten 2015 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen. Die Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen nahm in den kreisfreien Städten mit +5 Prozent gegenüber dem Vorjahr geringfügig stärker zu als in den Landkreisen (+4,8 Prozent).

**Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2015
nach Verwaltungsbezirken**


Den höchsten Zuwachs der Wirtschaftsleistung verzeichneten der Landkreis Germersheim mit +11 Prozent und die kreisfreie Stadt Ludwigshafen mit +10 Prozent. Dagegen stagnierte das Bruttoinlandsprodukt im Landkreis Alzey-Worms und in der kreisfreien Stadt Frankenthal (unverändert bzw. +0,1 Prozent).

Die Summe der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren und Dienstleistungen betrug 2015 nominal 135,4 Milliarden Euro. Davon wurden 60 Prozent in den Landkreisen und 40 Prozent in den kreisfreien Städten erbracht. Die drei größten Städte des Landes – Ludwigshafen, Mainz und Koblenz – erwirtschafteten fast

ein Viertel der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung. Auf die drei wirtschaftsstärksten Landkreise – Westerwaldkreis, Mainz-Bingen und Mayen-Koblenz – entfielen rund 15 Prozent des Landeswertes.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen – auch als Arbeitsproduktivität bezeichnet – ist 2015 gegenüber dem Vorjahr im Landesdurchschnitt um 3,9 Prozent auf 68 177 Euro gestiegen. In den kreisfreien Städten lag der Pro-Kopf-Wert mit 73 188 Euro deutlich über dem Wert in den Landkreisen (65 147 Euro). Der Durchschnitt der Städte wird allerdings maßgeblich von Ludwigshafen beeinflusst; dort war die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen mit 107 015 Euro 57 Prozent höher als im Landesdurchschnitt. Unter den Landkreisen wies Mainz-Bingen mit 89 272 Euro das höchste Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen auf. Die niedrigste Arbeitsproduktivität wurde unter den kreisfreien Städten in Pirmasens mit 54 299 Euro und unter den Landkreisen in Cochem-Zell mit 57 712 Euro registriert.

Den höchsten Anteil an der Bruttowertschöpfung haben in den meisten Verwaltungsbezirken die Dienstleistungsbereiche. Durchschnittlich wurden in den Landkreisen 64 Prozent und in den kreisfreien Städten 66 Prozent der Wertschöpfung im tertiären Sektor erwirtschaftet. In den Städten Mainz, Koblenz und Neustadt an der Weinstraße lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche sogar über 80 Prozent. In der kreisfreien Stadt

Ludwigshafen und im Landkreis Germersheim dominierte dagegen das Produzierende Gewerbe die Wirtschaftsstruktur mit einem Anteil von 69 bzw. 59 Prozent. Im Landesdurchschnitt lag der Anteil des sekundären Sektors bei gut 34 Prozent und der Anteil des tertiären Sektors bei knapp 65 Prozent.

Seit dem Jahr 2000 hat sich das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in den Landkreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich entwickelt. Mit +50 Prozent verlief die Entwicklung in den Landkreisen deutlich günstiger als in den kreisfreien Städten mit +36 Prozent. Am stärksten hat die nominale Wirtschaftsleistung in den Landkreisen Germersheim (+101 Prozent), Mainz-Bingen (+77 Prozent) und dem Donnersbergkreis (+63 Prozent) sowie der kreisfreien Stadt Speyer (+59 Prozent) zugelegt. Dagegen nahm das Bruttoinlandsprodukt im Landkreis Kusel nur um 13 Prozent und in der kreisfreien Stadt Pirmasens nur um 18 Prozent zu. Bei der längerfristigen Betrachtung von nominalen Veränderungsraten ist zu beachten, dass hier auch Preissteigerungen enthalten sind.

Knapp 218 000 Menschen arbeiten im öffentlichen Bereich

Im Jahr 2016 waren 217 700 Menschen im öffentlichen Bereich beschäftigt, im Vorjahresvergleich ein Zuwachs von 1,2 Prozent. Von den Beschäftigten entfielen 100 700 auf die Kommunen und 116 900 auf

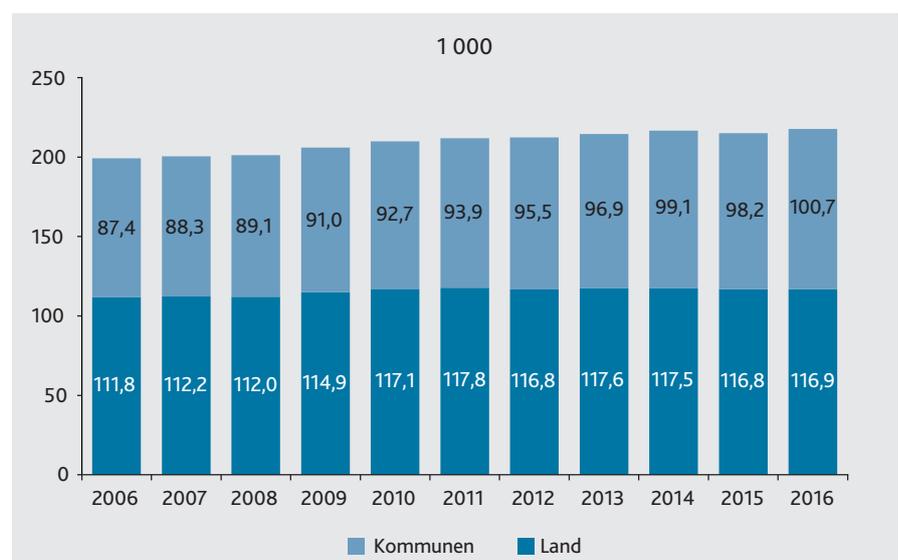
das Land. Die Zahl blieb beim Land nahezu unverändert (+0,1 Prozent), bei den Kommunen stieg sie um 2,6 Prozent. Ein Viertel des Jahreszuwachses bei den Kommunen entstand im Bereich der Kindertagesstätten (+620 Beschäftigte).

Im Land und in den Kommunen wurden verschiedene Arbeitszeitmodelle realisiert. Einer Vollzeitbeschäftigung gingen 65 Prozent der Beschäftigten nach (141 300 Personen bzw. +1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr), 56 300 Personen bzw. 26 Prozent arbeiteten in Teilzeit mit einem Beschäftigungsumfang von mindestens 50 Prozent (+2,4 Prozent). Weitere 6,8 Prozent hatten einen Teilzeitvertrag, der weniger als 50 Prozent der regulären Arbeitszeit entsprach (14 800 Teilzeitbeschäftigte; +3,4 Prozent). Zudem befanden sich 2,4 Prozent der Beschäftigten in einem Altersteilzeitmodell (5 200 Beschäftigte; –20 Prozent).

Bei der Altersteilzeit ist ein deutlicher Unterschied sichtbar: Beim Land waren 3,9 Prozent der Beschäftigten in Altersteilzeit, bei den Kommunen hingegen nur 0,7 Prozent. Die Bedeutung der Altersteilzeit ist insgesamt stark rückläufig. Im Landesbereich sank die Anzahl der Beschäftigten in Altersteilzeit im Jahr 2016 auf 4 500 (–17 Prozent), im Kommunalbereich sogar auf nur noch 700 Personen (–36 Prozent).

Gut 86 Prozent der Beschäftigten von Land und Kommunen befanden sich 2016 in einem auf Dauer angelegten Arbeitsverhältnis mit der öffentlichen Hand. Die Anzahl stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent auf 187 900 Personen. Bei 8,9 Prozent war die Arbeitsbeziehung zeitlich befristet (19 400 Beschäftigte; +2,7 Prozent), weitere 4,8 Prozent der Beschäftigten befanden sich in einer Ausbildung (10 400 Beschäftigte; +1,5 Prozent). Die Unterschiede

Beschäftigte des öffentlichen Bereiches 2006–2016



zwischen den Landes- und den Kommunalbediensteten waren gering: Zeitverträge machten im Land neun Prozent und bei den Kommunen 8,8 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse aus. Knapp 86 Prozent der Landesbeschäftigten und gut 87 Prozent der Kommunalbeschäftigten hatten hingegen einen dauerhaften Arbeitsvertrag. Die Ausbildungsquote lag beim Land bei 5,5 Prozent und bei den Kommunen bei 3,9 Prozent.

Das steuerpflichtige Bruttomonats-einkommen lag 2016 bei durchschnittlich 3 120 Euro. Im Vorjahresvergleich stieg es um 2,5 Prozent an. Spitzenverdiener sind im öffentlichen Bereich relativ selten: Lediglich ein Prozent der Beschäftigten verdiente monatlich mehr als 7 000 Euro.

Im Jahr 2016 waren im öffentlichen Bereich mehr Frauen beschäftigt als im Vorjahr. Ihr Anteil an den Beschäftigten des Landes und der Kommunen stieg leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 58 Prozent. In der Detailbetrachtung werden jedoch deutliche Unterschiede im Beschäftigungsumfang sichtbar: So lag die Frauenquote bei den Vollzeitbeschäftigten bei rund 42 Prozent (+0,5 Prozentpunkte), bei den Teilzeitbeschäftigten waren hingegen rund 87 Prozent Frauen (-0,1 Prozentpunkte).

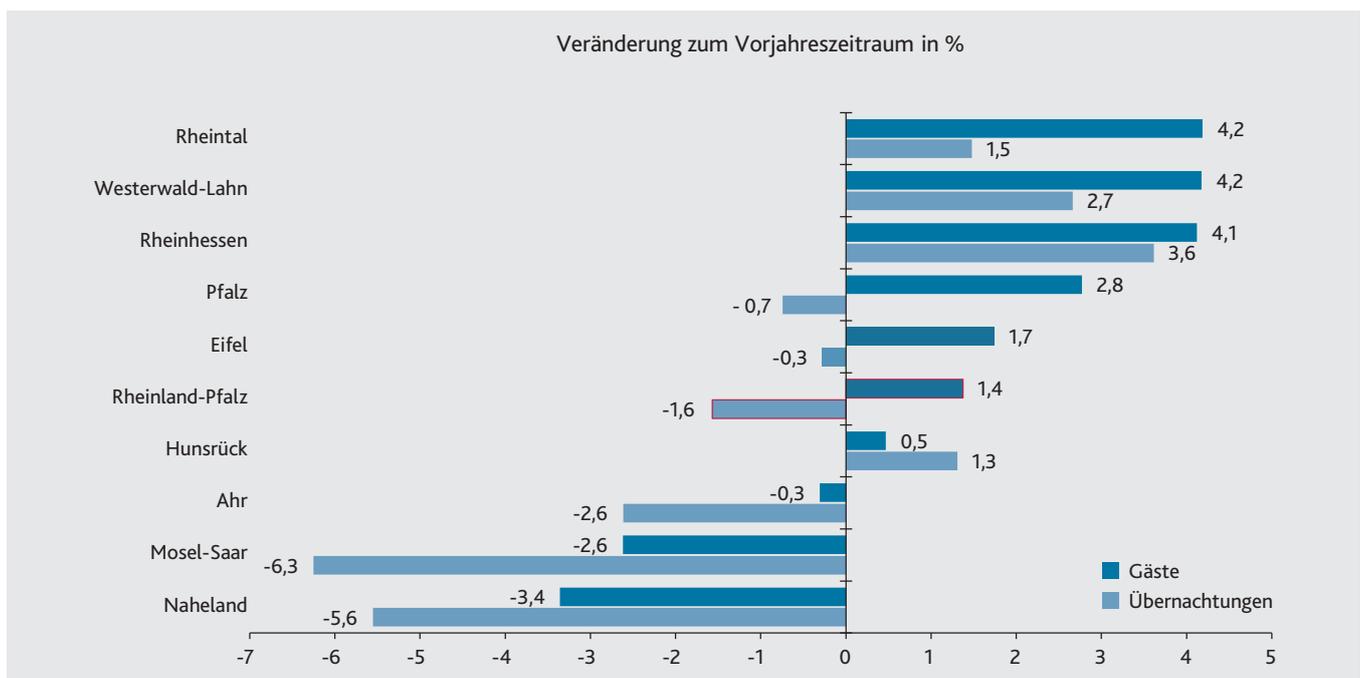
Betrachtet man lediglich die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, d. h. ausschließlich die Beschäftigten in den klassischen Behörden und Verwaltungen sowie in Sonderrechnungen bzw. Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, so ergibt

sich folgendes Bild: Die Anzahl der Beschäftigten stieg hier um 0,9 Prozent auf 189 500 (2015: 187 800). Die Summe der Landesbediensteten blieb nahezu unverändert bei 115 500 (+0,2 Prozent), die der Kommunalbeschäftigten stieg auf 74 000 (+2,1 Prozent).

Mehr Gäste, weniger Übernachtungen

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten im Zeitraum von Januar bis Mai 2017 einen Anstieg der Gästezahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Es übernachteten 3,17 Millionen Gäste im Land, das waren 1,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Übernachtungen gingen um 1,6 Prozent auf 7,95 Millionen zurück. Bei der Interpretation der

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Mai 2017 nach Tourismusregionen



Zahlen ist zu berücksichtigen, dass Pfingsten und Fronleichnam 2017 in den Juni, im Vorjahr hingegen in den Mai fielen.

In vier der neun Tourismusregionen lag das Übernachtungsaufkommen über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, wobei Rheinhessen und die Region Westerwald-Lahn mit Zuwächsen von 3,6 bzw. 2,7 Prozent die beiden vorderen Plätze belegten. In den übrigen Regionen waren die Übernachtungszahlen niedriger als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres. Einen Anstieg der Gästezahlen gab es in sechs der neun Regionen, wobei die Regionen Westerwald-Lahn, das Rheintal sowie Rheinhessen die Spitzenpositionen belegten.

Unter den elf touristischen Betriebsarten verbuchten lediglich die Hotels garnis und die Hotels einen Übernachtungszuwachs (+6 bzw. +1,9 Prozent). Das Übernachtungsaufkommen der Erholungs-, Ferien-, und Schulungsheime lag auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums. In den anderen Betriebsarten sanken die Übernachtungszahlen. Die größten Rückgänge verzeichneten die Ferienzentren sowie die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken, deren Übernachtungsaufkommen um 7,3 bzw. 6,1 Prozent abnahm.

Von Januar bis Mai besuchten 2,56 Millionen Gäste aus dem Inland Rheinland-Pfalz (+1,3 Prozent). Die Zahl ihrer Übernachtungen verringerte sich um 1,8 Prozent und belief sich auf 6,35 Millionen. Aus dem Ausland kamen 610 600 Besuche-

rinnen und Besucher (+1,8 Prozent), die knapp 1,60 Millionen Übernachtungen buchten (-0,5 Prozent).

237 Adoptionen im Jahr 2016

Im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz 237 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren adoptiert. Das waren 44 Adoptionen mehr als ein Jahr zuvor (+23 Prozent). Mädchen und Jungen waren gleichermaßen betroffen.

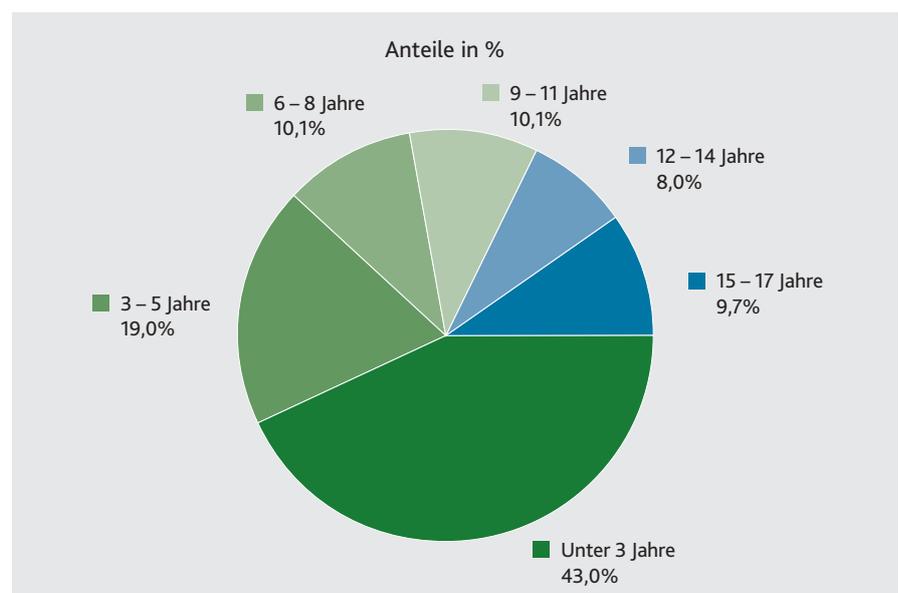
In 127 Fällen erfolgten die Adoptionen durch den Stiefvater, die Stiefmutter oder durch Verwandte und damit in einem für das Kind vertrauten Umfeld (54 Prozent). Familienfremde Paare oder Personen adoptierten 110 Mädchen und Jungen; 62 Prozent dieser Kinder hatten das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet.

Von allen im Jahr 2016 adoptierten Kindern und Jugendlichen waren

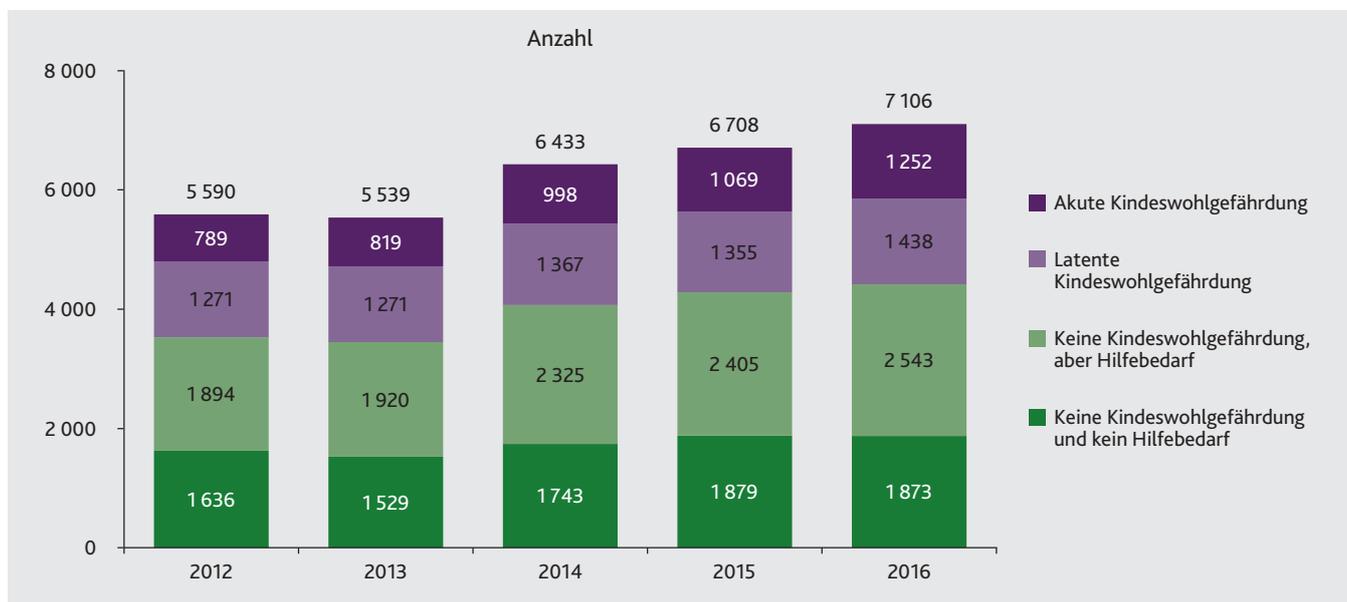
102 bzw. 43 Prozent jünger als drei Jahre, 22 von ihnen waren noch kein Jahr alt. Annähernd ein Drittel der adoptierten Minderjährigen hatte nicht die deutsche Staatsangehörigkeit (74 Personen bzw. 31 Prozent). Unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit wurden im vergangenen Jahr 61 Kinder und Jugendliche im Zusammenhang mit der Adoption nach Deutschland geholt (so genannte internationale Adoption).

Von den abgebenden Eltern bzw. sorgeberechtigten Elternteilen waren 140 ledig und 47 geschieden. Insgesamt 20 Kinder wurden von verheirateten bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft lebenden Eltern bzw. Sorgeberechtigten zur Adoption freigegeben. Bei zwei Adoptierten war der abgebende Elternteil verwitwet, drei Kinder waren Vollwaisen. In 25 Fällen war der Familienstand der abgebenden Person unbekannt.

Adoptierte Kinder und Jugendliche 2016 nach Altersgruppen



Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls 2012–2016 nach dem Ergebnis des Verfahrens



43 Kinder und Jugendliche waren Ende 2016 bei den Adoptionsvermittlungsstellen zur Adoption vorgemerkt (ohne Auslandsvermittlungsstellen). Gleichzeitig lagen den Vermittlungsstellen insgesamt 387 Bewerbungen von Ehepaaren und Einzelpersonen vor, 162 davon bei Auslandsvermittlungsstellen.

Gefährdung des Kindeswohls: Fast 2 700 Fälle im vergangenen Jahr

Die rheinland-pfälzischen Jugendämter haben auf der Grundlage von Verdachtsmeldungen im Jahr 2016 insgesamt 7 106 Verfahren zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung abgeschlossen, 398 bzw. 5,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Fast jedes vierte betroffene Kind hatte das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet (24 Prozent).

In 2 690 Fällen, also bei mehr als einem Drittel der Verdachtsmeldun-

gen (38 Prozent), wurde im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte tatsächlich eine akute oder latente Gefährdung des Kindeswohls erkannt. Dabei sind Mädchen und Jungen gleichermaßen betroffen. Eindeutig als Kindeswohlgefährdung (akute Kindeswohlgefährdung) beurteilten die Jugendämter 1 252 Verfahren (18 Prozent). Kann die Frage, ob gegenwärtig tatsächlich eine Gefahr besteht, nicht eindeutig beantwortet, eine Kindeswohlgefährdung aber nicht ausgeschlossen werden, so liegt eine latente Gefährdung vor. Die Einschätzung der Fachkräfte führte in 1 438 Fällen (20 Prozent) zu einem solchen Ergebnis. Gegenüber 2015 erhöht sich damit die Zahl der Gefährdungen um elf Prozent; seit 2012 ist eine weitere Steigerung zu verzeichnen.

Keine Gefährdung des Kindeswohls lag bei 4 416 aller Verdachtsfälle vor (62 Prozent). Bei weit mehr als der

Hälfte dieser Verfahren (2 543 Fälle) wurde aber dennoch ein Hilfebedarf festgestellt, etwa in Form von Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Mütter und Väter. Kein weiterer Hilfebedarf bestand dagegen in 1 873 Verdachtsfällen.

In den meisten Fällen, bei denen eine akute oder latente Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde, gab es Anzeichen für Vernachlässigung (46 Prozent). In 24 bzw. 27 Prozent der Ermittlungen wiesen die Kinder und Jugendlichen Anzeichen für körperliche bzw. psychische Misshandlungen auf. In 3,1 Prozent der Fälle wurden Anzeichen für sexuelle Gewalt festgestellt. Mehrfachnennungen waren möglich.

Auf Initiative von Polizei, Gericht oder Staatsanwaltschaft wurden 1 693 Verfahren in die Wege geleitet. Verdachtsmeldungen von Bekannten

oder Nachbarn der Kinder führten zu 934 Verfahren; dies sind 55 Hinweise weniger als im Vorjahr. In 641 Fällen führten anonyme Meldungen zu einem Verfahren.

Auf der Grundlage des Kinderschutzgesetzes sind die Jugendämter verpflichtet, eine Gefährdungseinschätzung vorzunehmen, wenn gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen vorliegen. Die Einschätzung des Gefährdungsrisikos erfolgt im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte. Eine Kindeswohlgefährdung liegt dann vor, wenn eine erhebliche Schädigung des körperlichen, geistigen oder seelischen Wohls des Kindes bzw. Jugendlichen bereits eingetreten oder mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten ist.

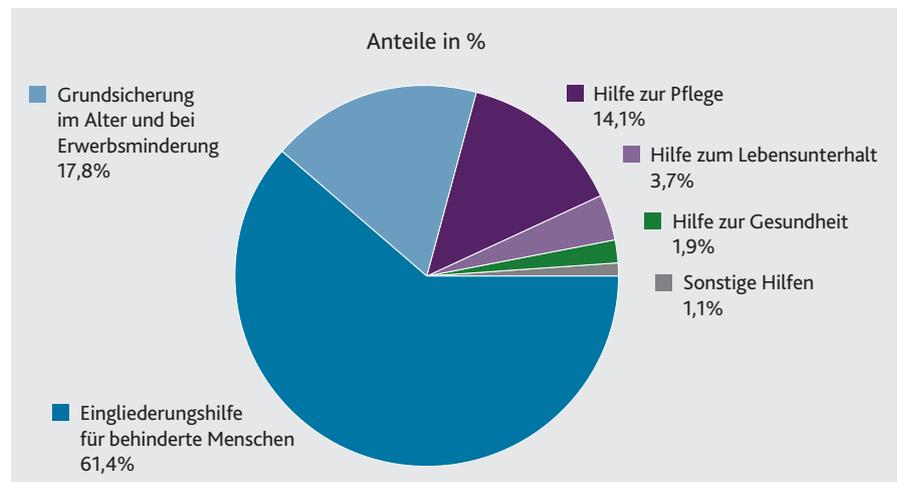
Ausgaben für Sozialhilfe stiegen 2016 um fast sechs Prozent

Im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz netto mehr als 1,4 Milliarden Euro für Sozialhilfe ausgegeben. Das waren 5,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Zu den Leistungen der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XII) zählen unterschiedliche Leistungsarten, die neben der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auch Hilfen zur Pflege, zum Lebensunterhalt, zur Gesundheit sowie sonstige Hilfen umfassen.

Die Ausgaben für diese Leistungen steigen seit Jahren kontinuierlich. Im

Nettoausgaben der Sozialhilfe 2016 nach Hilfearten



Jahr 2016 waren landesweit noch weniger als 900 Millionen Euro für die Sozialhilfe aufgewendet worden. Die Leistungen der Sozialhilfe beseitigen bzw. mildern die Folgen von Behinderungen, gesundheitlichen und altersbedingten Einschränkungen und decken den Bedarf an Ernährung, den hauswirtschaftlichen Bedarf sowie die persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens.

Mit 61 Prozent stellte die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen die größte Ausgabenposition dar. Es folgt die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung mit 18 Prozent der gesamten Nettoausgaben. Für die Hilfe zur Pflege wurden 14 Prozent und für die Hilfe zum Lebensunterhalt 3,7 Prozent aufgewendet. Etwa zwei Prozent der Ausgaben entfielen auf die Hilfe zur Gesundheit und rund ein Prozent auf sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Die einzelnen Hilfearten entwickelten sich unterschiedlich. Prozentual am

stärksten stiegen gegenüber dem Vorjahr die Aufwendungen für die Hilfen zur Gesundheit (+12 Prozent), gefolgt von der Hilfe zur Pflege (+8,8 Prozent). Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderungen stiegen um 6,4 Prozent und die Hilfe zum Lebensunterhalt um 3,1 Prozent. Wachsende Ausgaben waren aber auch für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+2,1 Prozent) sowie bei den sonstigen Hilfen (+0,3 Prozent) zu verzeichnen.

Die Sozialhilfeausgaben wurden bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und der Hilfe zur Pflege zu 86 bzw. 81 Prozent an Personen gewährt, die in einer Einrichtung lebten, während die Ausgaben für Leistungen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu 79 Prozent auf Hilfeempfängerinnen und -empfänger entfallen, die sich außerhalb von einer Einrichtung befanden.

Regional gibt es große Unterschiede. Die rechnerisch höchsten Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner hatte im Jahr 2016 die Stadt Pirmasens mit 614 Euro, die niedrigsten der Rhein-Pfalz-Kreis mit 222 Euro. Die kreisfreien Städte waren mit durchschnittlich 443 Euro je Einwohnerin und Einwohner stärker belastet als die Landkreise (314 Euro).

Aufstiegs-BAföG: Höhere Förderbeträge

In Rheinland-Pfalz erhielten 2016 insgesamt 7 182 Personen, davon 1 893 Frauen, eine Förderung im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG). Das sind 446 Frauen und Männer bzw. 6,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 26,3 Millionen Euro im Rahmen des AFBG bewilligt, davon 9,8 Millionen als Zuschüsse.

Im Vergleich zum Vorjahr wurde das Fördervolumen um rund 2,2 Millionen Euro bzw. 8,8 Prozent erhöht. Durchschnittlich erhielten die Geförderten mit insgesamt 3 719 Euro rund 53 Euro mehr als im Vorjahr. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der Förderbeträge und Zuschüsse im Rahmen des 25. BAföG-Änderungsgesetzes zurückzuführen.

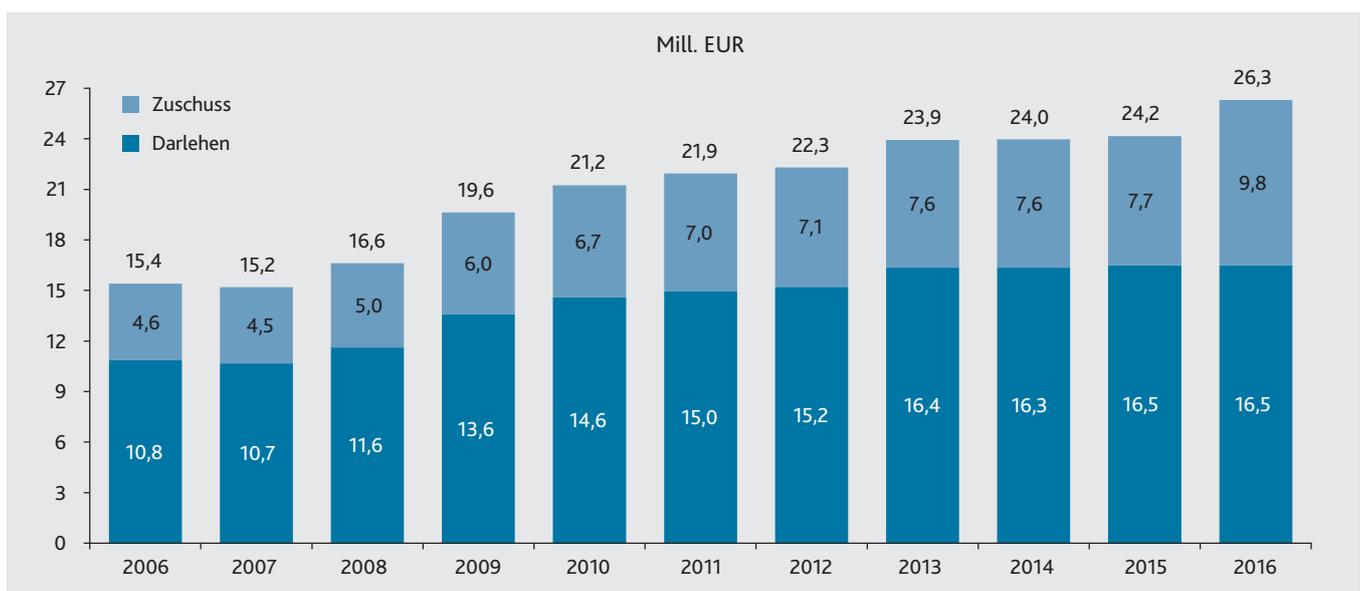
Die Aufstiegsfortbildungsförderung, (Aufstiegs-BAföG), finanziert eine auf einen ersten beruflichen Abschluss aufbauende Fortbildung. Seit Mitte 2016 können zudem an einer beruflichen Fortbildungsmaßnahme interessierte Absolventinnen und Absolventen eines Bachelorstudiengangs Fördermittel beantragen. Damit soll der Ausbau der beruflichen Qualifizierung unterstützt und die Fortbildungsmotivation des Fachkräftenachwuchses gestärkt werden.

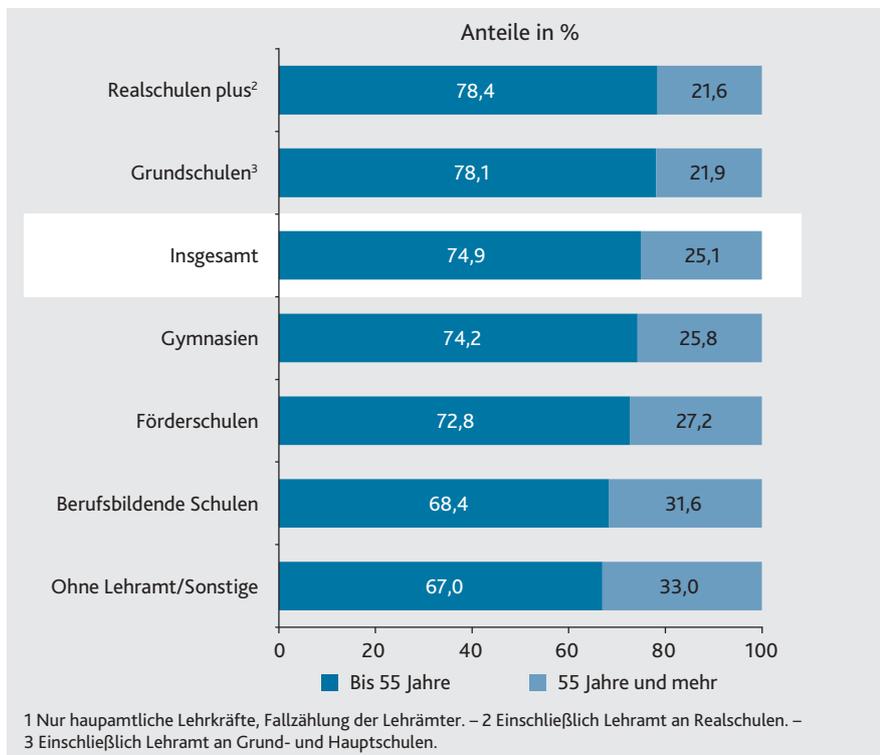
Einkommensunabhängig werden die Gebühren für den Lehrgang und die Prüfung mit bis zu 15 000 Euro sowie für das Meisterprüfungsprojekt mit bis zu 2 000 Euro gefördert. Die Förderung setzt sich dabei aus Darlehen und staatlich finanziertem Zuschuss zusammen. Abhängig vom Einkommen kann zudem ein Beitrag zum Lebensunterhalt mit Aufschlägen für Verheiratete und Kinder sowie für die Kinderbetreuung von Alleinerziehenden bezuschusst werden.

Viele Nachwuchslehrkräfte an Gymnasien, wenige an Förder- und Berufsschulen

Im Schuljahr 2016/17 waren 10 200 hauptamtliche Lehrkräfte 55 Jahre oder älter. Somit erreichen 25 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer in den nächsten zehn Jahren die Altersgrenze für den Ruhestand. Parallel dazu haben 2016 rund 1 300 junge

Bewilligte Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) 2006–2016 nach Förderungsart



Lehrkräfte 2016/17 nach Lehramt¹ und Altersgruppen

Erwachsene, davon 900 Frauen, die Zweite Staatsprüfung der Lehrerausbildung erfolgreich abgeschlossen. Das waren fünf Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Ein überdurchschnittlicher Anteil an Lehrerinnen und Lehrern im Alter von 55 oder mehr Jahren lag bei Lehrkräften mit dem Lehramt für berufsbildende Schulen (32 Prozent) und Förderschulen (27 Prozent) vor. Entsprechend hoch wird wahrscheinlich in den nächsten zehn Jahren der Bedarf an nachkommenden Lehrkräften sein. Doch die meisten Lehramtsanwärterinnen und -anwärter nahmen an Studienseminaren für das gymnasiale Lehramt (36 Prozent) und das Grundschul- bzw. Grund- und

Hauptschullehramt (28 Prozent) teil. Der Anteil der Studienseminarteilnehmenden für das Lehramt an berufsbildenden Schulen (14 Prozent) und Förderschulen (sieben Prozent) war vergleichsweise niedrig.

Die Ausbildung für das Lehramt gliedert sich in zwei aufeinander aufbauende Phasen. Auf das akademische Studium folgt der Vorbereitungsdienst, der sowohl in Ausbildungsschulen als auch an staatlichen Studienseminaren absolviert wird. Der Vorbereitungsdienst verknüpft das pädagogische, fachdidaktische und fachliche Wissen mit der Berufs- und Unterrichtspraxis. Der Vorbereitungsdienst wird mit der Zweiten Staatsprüfung abgeschlossen, welche

die Befähigung für das jeweilige Lehramt prüft.

Der Lehrernachwuchs blieb auch zu Beginn des Jahres 2017 eine weibliche Domäne: Rund 69 Prozent der Teilnehmenden an den Studienseminaren waren Frauen. Besonders hoch war der Anteil der Absolventinnen der Zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen (89 Prozent) und an Förderschulen (84 Prozent).

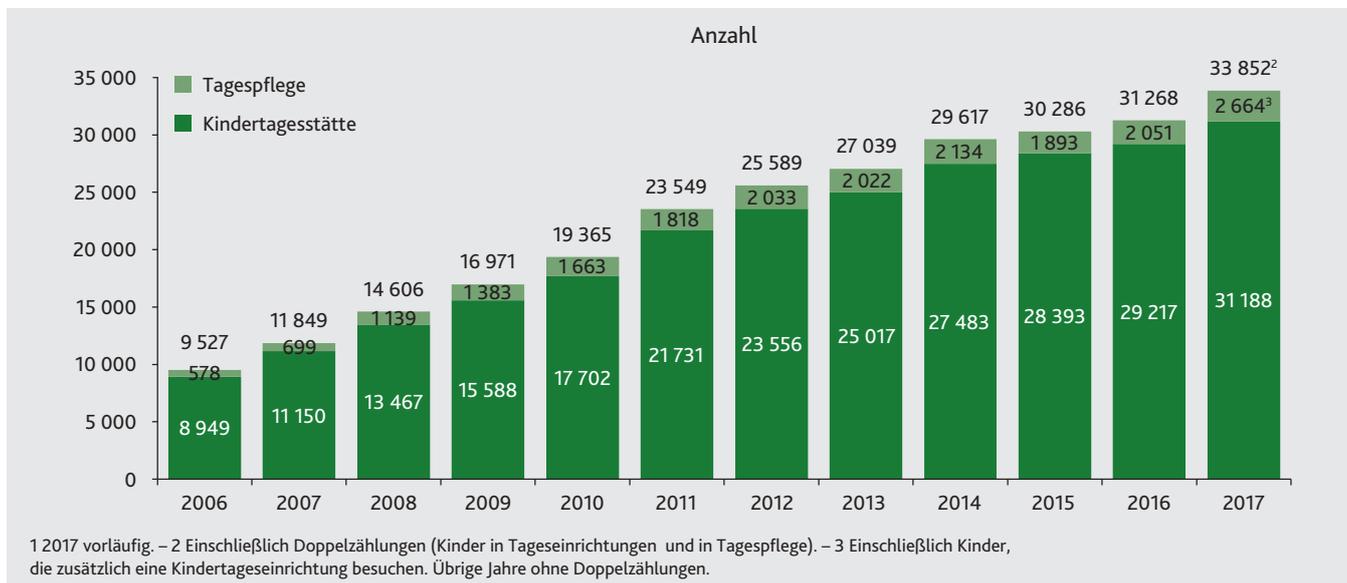
Zahl der unter 3-jährigen in Kindertagesbetreuung steigt weiter

Die Zahl der unter 3-jährigen Kinder, die tagsüber außerhalb des Elternhauses betreut werden, ist im Jahr 2017 weiter gestiegen. Nach ersten vorläufigen Auswertungen besuchten zum Stichtag 1. März rund 33 900 Mädchen und Jungen im Alter von bis zu drei Jahren eine Kindertageseinrichtung oder wurden in öffentlich geförderter Kindertagespflege von Tagesmüttern und -vätern betreut. Das waren rund acht Prozent mehr als im Jahr zuvor.

In dieser Altersgruppe sind es vor allem Zweijährige, die eine Tageseinrichtung besuchen oder im Rahmen der Kindertagespflege betreut werden. Im März 2017 traf dies landesweit auf etwa 25 600 Kinder zu. Von den Einjährigen wurden rund 7 700 und von den unter 1-jährigen fast 580 Kinder außerfamiliär betreut.

Die Mehrzahl der betreuten Kinder unter drei Jahren ist in einer Tageseinrichtung untergebracht. So besuchten im März dieses Jahres nahezu 31 200 Mädchen und Jungen eine

Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege 2006–2017¹



Kindertageseinrichtung. In öffentlich geförderter Kindertagespflege gab es rund 2 700 Betreuungsverhältnisse für Kinder unter drei Jahren.

In Rheinland-Pfalz standen im März 2017 für die Kinderbetreuung insgesamt 2 515 Einrichtungen und 1 519 Tagespflegepersonen zur Verfügung. Verglichen mit dem Vorjahr stieg die Zahl der Kindertageseinrichtungen geringfügig an (+17 bzw. +0,7 Prozent), während die Zahl der Tagesmütter und -väter abnahm (–37 bzw. –2,4 Prozent).

In den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen hat sich die Zahl der betreuten Kinder unter drei Jahren unterschiedlich stark verändert. Unter den kreisfreien Städten hatte Pirmasens die prozentual kräftigste Zunahme gegenüber dem Vorjahr zu verbuchen (+25 Prozent). Demgegenüber nahm die Zahl der betreuten

unter 3-Jährigen in der kreisfreien Stadt Speyer um 6,5 Prozent ab. Bei den Landkreisen reichte die Spannweite von +22 Prozent im Landkreis Birkenfeld bis +0,2 Prozent im Landkreis Bad Kreuznach.

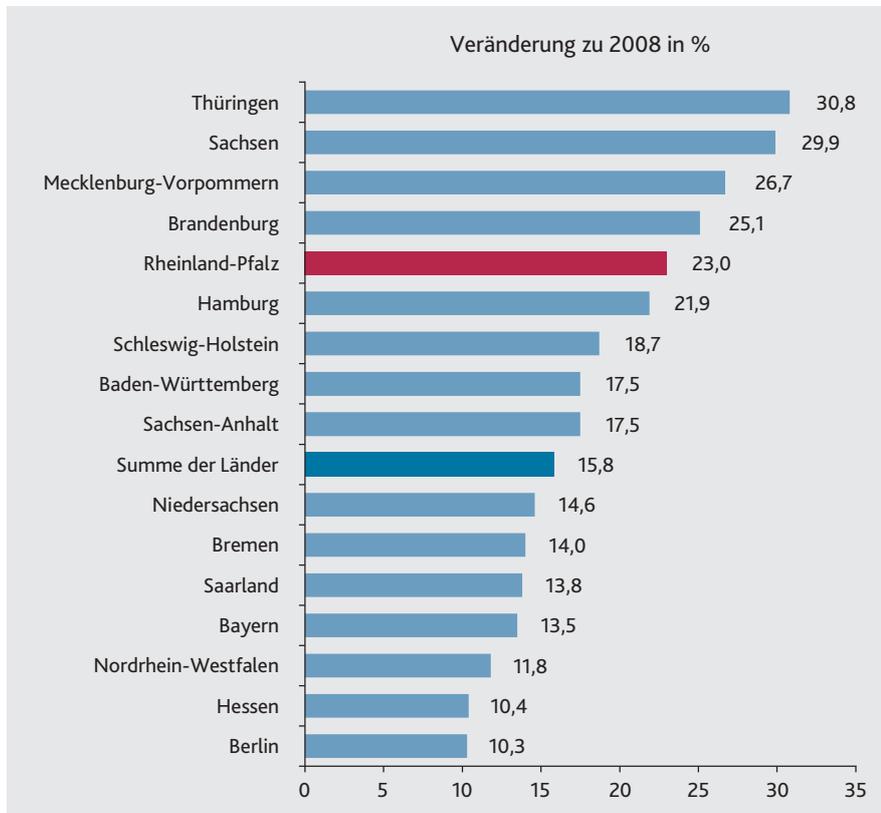
Die Betreuungsquoten zum Stichtag 1. März 2017 stehen noch nicht zur Verfügung, da die zur Berechnung benötigten Bevölkerungszahlen noch nicht vorliegen.

Überdurchschnittlich hohe Bedeutung der Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft erbringt einen bedeutenden Beitrag zur Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz. Ihre Bruttowertschöpfung lag 2016 bei 14,2 Milliarden Euro. Das waren 11,3 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung, die im Land erstellt wird (Länderdurchschnitt: zehn Prozent).

Die Gesundheitswirtschaft wächst sehr dynamisch. Zwischen 2008 und 2016 ist ihre Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz preisbereinigt um 23 Prozent gestiegen, während die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung in diesem Zeitraum lediglich um zehn Prozent zunahm. Mit dieser Wachstumsdynamik lag Rheinland-Pfalz im Vergleich der Länder an fünfter Stelle. Zu dieser Entwicklung trug wesentlich der zentrale Bereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ bei, zu dem u. a. die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung in Arztpraxen und Krankenhäusern zählt. So belief sich der Anteil des Gesundheits- und Sozialwesens an der Wertschöpfung der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft im Jahr 2014 – aktuellere Zahlen liegen noch nicht vor – auf 61 Prozent (Länderdurchschnitt: 68 Prozent).

Preisbereinigte Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft 2016 nach Bundesländern



Die Gesundheitswirtschaft hat eine große Bedeutung für den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz. Da Teile der Branche sehr personalintensiv sind, lag der Anteil dieses Querschnittsberichts an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Jahr 2016 mit 14,5 Prozent über dem Wertschöpfungsanteil. Im Durchschnitt der Länder belief sich der Anteil der Gesundheitswirtschaft an den Erwerbstätigen auf 13,5 Prozent. Von 2008 bis 2016 ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Branche in Rheinland-Pfalz um 18 Prozent gestiegen (Erwerbstätigkeit insgesamt: +4,9 Prozent). Damit lag das Land im Vergleich der Bundesländer

gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen auf Rang fünf.

Festivals in Deutschland: Rock knapp vor Barock/Klassik

Der Juli ist die Festivalzeit schlechthin in Deutschland. Das ist ein Ergebnis einer neuen Erhebung unter den Veranstaltern von Festivals, deren Ergebnisse die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder jetzt vorlegten.

Gut ein Drittel aller Musikfestivals und -festspiele 2015 bot mindestens eine Veranstaltung im Juli an – mehr als in jedem anderen Monat. Dabei wurde ein breites Spektrum von Musikstilen auf die Bühnen gebracht. Den größten Anteil unter allen Veran-

staltungen hatten die Rock- sowie die Barock/Klassik-Festivals und -Festspiele (zwölf bzw. 11,7 Prozent). Etwas weniger häufig war Jazz der dominierende Musikstil (acht Prozent).

Neben der hauptsächlichen Musikrichtung wurden bei den Musikfestivals und -festspielen meist auch weitere Stile gespielt. So waren Kombinationen aus Rock- und Popmusik (36 Prozent aller Veranstaltungen mit mindestens zwei Musikrichtungen), Rock und Punk (25 Prozent) sowie Jazz und Weltmusik (21 Prozent) besonders beliebt. Durchschnittlich konnten die Fans bei einer Veranstaltung vier verschiedene Genres hören.

Der Besuch eines Musikfestivals kostete 2015 im Durchschnitt 24,22 Euro. Dabei reichte der durchschnittliche Eintrittspreis von 16,13 Euro bei den Bluesfestivals bis zu 53,30 Euro für Veranstaltungen, die vorrangig Opern oder Operetten darboten. Insgesamt verzeichneten die Musikfestivals und -festspiele 2015 etwa 32 Millionen Besucherinnen und Besucher.

Diese und weitere Ergebnisse wurden nun erstmals in einer Erhebung unter den Veranstaltern der bedeutendsten Musikfestivals und -festspiele in Deutschland im Jahr 2015 gewonnen. Die Erhebung wurde vom Hessischen Statistischen Landesamt im Rahmen des Projektes „Aufbau einer bundeseinheitlichen Kulturstatistik“ im Auftrag der Kultusministerkonferenz sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien durchgeführt.

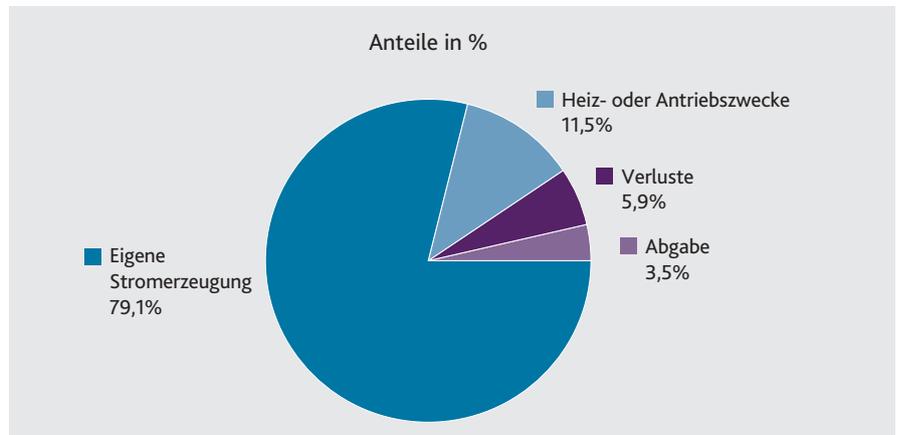
Stromerzeugung in Kläranlagen erreicht Spitzenwert

Die Stromerzeugung in den rheinland-pfälzischen Kläranlagen belief sich 2016 auf 54 Millionen Kilowattstunden. Dies entspricht einem Plus von 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit erreichte die Verstromung von Klärgas erneut einen Höchststand.

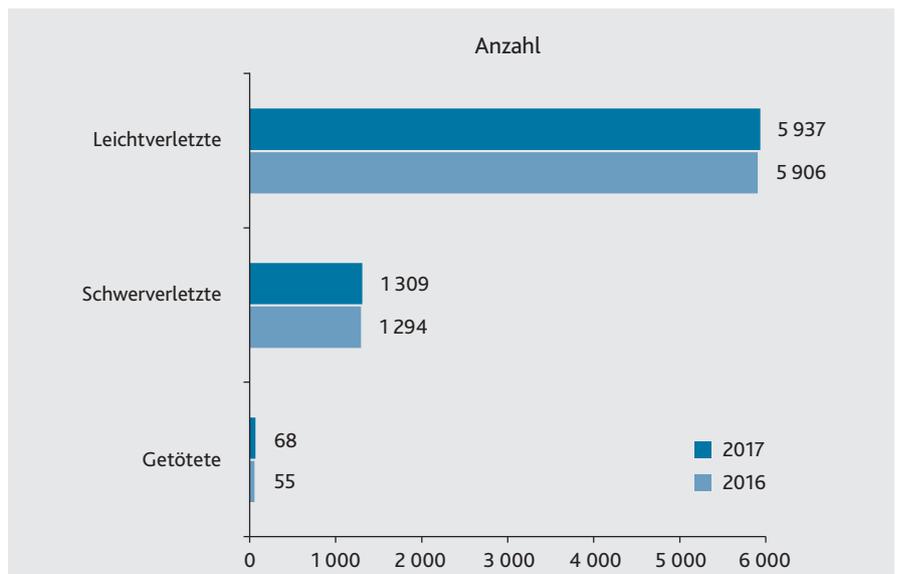
In Rheinland-Pfalz gibt es etwa 880 öffentliche und industrielle Kläranlagen, darunter 92 Anlagen mit Klärgasgewinnung. Vor allem die größeren Abwasserreinigungsanlagen haben die baulichen Voraussetzungen dafür, das bei der sogenannten Ausfällung von Klärschlamm entstehende Klärgas energetisch zu nutzen. Insgesamt wurden im Jahr 2016 rund 38 Millionen Kubikmeter Klärgas gewonnen. Der überwiegende Teil (79 Prozent) wurde zur Stromerzeugung eingesetzt, elf Prozent wurden zur Erzeugung von Wärme oder zu Antriebszwecken verwendet.

Gemessen am gesamten aus erneuerbaren Energieträgern erzeugten Strom im Land spielt Klärgas mit durchschnittlich 0,7 Prozent eine untergeordnete Rolle. Der in den Kläranlagen erzeugte Strom wurde 2016 nahezu vollständig (97 Prozent) selbst verbraucht. Dennoch reicht der derzeit produzierte Eigenstrom bei weitem nicht aus, um den Strombedarf für die Reinigung der Abwässer in den Kläranlagen zu decken. Allein für die öffentlichen Kläranlagen in Rheinland-Pfalz ist ein Strombedarf anzusetzen, der etwa vier Mal so hoch sein dürfte wie die aus Klärgas erzeugte Strommenge.

Klärgas 2016 nach Verwendungszweck



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Mai 2016 und 2017



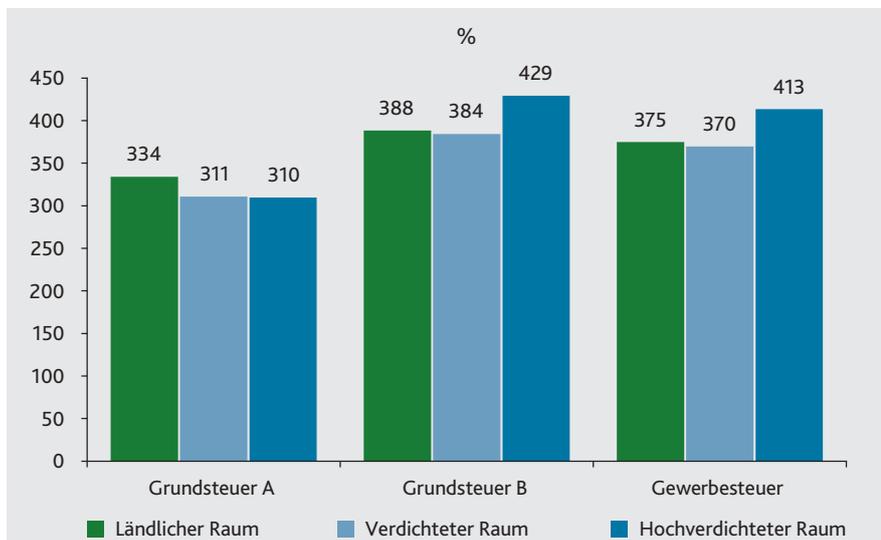
Im Mai sterben 18 Menschen bei Verkehrsunfällen

Im Mai 2017 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen 18 Menschen ihr Leben. Dies waren drei Todesopfer mehr als im Vorjahresmonat.

Im gesamten bisherigen Jahresverlauf sind mehr Verkehrstote zu beklagen als im Vergleichszeitraum des Vorjah-

res. Von Januar bis Mai 2017 verloren 68 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, das waren 13 (24 Prozent) mehr als in den ersten fünf Monaten 2016. Die Zahl der Schwerverletzten stieg leicht um etwas mehr als ein Prozent auf 1 309, die der Leichtverletzten um 0,5 Prozent auf 5 937. Die Polizei registrierte in den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 insgesamt 58 670 Stra-

Hebesätze der Realsteuern 2017 nach Raumstrukturtypen



ßenverkehrsunfälle, vier Prozent mehr als im Vorjahr. Darunter waren 53 027 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Jahres 2016 war dies ein Anstieg um 4,3 Prozent.

Knapp zwölf Prozent der Kommunen erhöhen 2017 die Hebesätze

Die Hebesätze für die Realsteuern stiegen nach den vorläufigen Ergebnissen im Jahr 2017 im Durchschnitt aller Kommunen leicht an. Anhand von aktuellen Vorabmeldungen der Gemeinden errechnen die Statistiker für 2017 einen durchschnittlichen Hebesatz für die Gewerbesteuer in Höhe von 386 Prozent. Im Vorjahresvergleich bedeutet das einen Anstieg von einem Prozentpunkt. Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer A erhöht sich voraussichtlich um zwei Prozentpunkte auf 320 Prozent; der für die Grundsteuer B steigt um vier Prozentpunkte auf 400 Prozent.

Die Grundsteuer A fällt für land- und forstwirtschaftliche Flächen an, die Grundsteuer B für bebaute bzw. bebaubare Grundstücke und mit der Gewerbesteuer wird der Gewerbeertrag von Gewerbebetrieben versteuert.

Die Hebesätze verändern sich in den 2 305 Städten und Gemeinden nicht einheitlich. Am häufigsten werden aktuell die Hebesätze der Grundsteuer B angehoben. Im Vorjahresvergleich erhöhen hier zehn Prozent der Kommunen den Hebesatz. Bei der Gewerbesteuer heben sieben Prozent, bei der Grundsteuer A knapp acht Prozent der Kommunen die Sätze an. Eine Senkung gab es dagegen sehr selten: Lediglich acht Gemeinden (0,3 Prozent) verringern 2017 zumindest einen ihrer Hebesätze.

Bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer veranschlagen die kreisfreien Städte im Durchschnitt einen deutlich höheren Hebesatz als die kreisange-

hörigen Gemeinden: Bei der Gewerbesteuer liegt der durchschnittliche Hebesatz in den kreisfreien Städten unverändert bei 418 Prozent, bei den kreisangehörigen Gemeinden hingegen bei 368 Prozent (+1 Prozentpunkt). Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer B beträgt bei den kreisfreien Städten 444 Prozent (+6 Prozentpunkte), bei den kreisangehörigen Gemeinden hingegen 381 Prozent (+3 Prozentpunkte).

Die rheinland-pfälzische Landesplanung ordnet die Kommunen verschiedenen Raumstrukturtypen zu. Hierbei wird zwischen ländlichen, verdichteten sowie hoch verdichteten Siedlungsräumen unterschieden.

Eine Auswertung der Hebesätze nach Raumstrukturtypen zeigt ein heterogenes Ergebnis: Die hoch verdichteten Siedlungsräume weisen im Durchschnitt die höchsten Hebesätze bei der Grundsteuer B (429 Prozent) und der Gewerbesteuer (413 Prozent) auf. Der größte durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer A wurden hingegen für den ländlichen Siedlungsraum registriert (334 Prozent).

Bei der Grundsteuer B liegen die Hebesätze im ländlichen Raum mit 388 Prozent deutlich unter denen der hoch verdichteten Siedlungsräume. Im Jahr 2017 haben jedoch relativ viele Kommunen des ländlichen Raums ihren Hebesatz erhöht: Während lediglich sieben Prozent der Kommunen des hoch verdichteten Raumes eine Hebesatzänderung der Grundsteuer B durchführen, trifft dies auf gut elf Prozent im ländli-

chen Raum zu. Die durchschnittliche Hebesatzänderung fällt im ländlichen Raum mit vier Prozentpunkten jedoch spürbar niedriger aus als im hoch verdichteten Raum (+6 Prozentpunkte).

Die Statistiker beobachteten zwischen den Kommunen teilweise extreme Unterschiede. So reichen die Hebesätze bei den Grundsteuern A und B von 0 Prozent bis zu 900 Prozent; bei der Gewerbesteuer von 320 bis 900 Prozent.

Bundesweite Vergleichswerte für 2017 und 2016 liegen noch nicht vor. Mit den moderaten Erhöhungen im Jahr 2017 liegen die durchschnittlichen Hebesätze in Rheinland-Pfalz noch immer niedriger als im Bundesdurchschnitt des Jahres 2015.

Schulden des Landes sinken, Schulden der Kommunen steigen weiter

Die Schuldenlast des Landes Rheinland-Pfalz und seiner Kommunen betrug Ende des Jahres 2016 zusammen 45,4 Milliarden Euro. Damit sanken die Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes im Vorjahresvergleich um 0,4 Prozent (–200 Millionen Euro). Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung fiel von 11 330 auf 11 190 Euro.

Land und Kommunen unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer aktuellen Entwicklung: Die Schulden des Landes reduzierten sich im Verlauf des Vorjahres um 0,9 Prozent auf 32,7 Milliarden Euro. Damit beobachteten die Statistiker für das Land den

deutlichsten Schuldenrückgang seit mehr als 50 Jahren.

In den rheinland-pfälzischen Kommunen stieg die Schuldenlast 2016 hingegen um 0,9 Prozent auf 12,7 Milliarden Euro. Der prozentuale Anstieg der Schulden erreichte damit den gleichen Wert wie im Jahr 2015. Obwohl sich die Schulden der Kommunen somit auch in den letzten zwei Jahren jeweils um rund 110 Millionen Euro erhöht haben, verdeutlichen die Zahlen im längerfristigen Vergleich dennoch eine Besonderheit: Sie dokumentieren das geringste Schuldenwachstum seit dem Jahr 1998. Zum Vergleich: Im Jahr 2014 fiel der Anstieg der Schulden noch deutlich höher aus. Damals wuchsen die Schulden der Kommunen innerhalb eines Jahres um 610 Millionen Euro bzw. 5,1 Prozent.

Eine detaillierte Analyse der aktuellen Schuldenlage 2016 offenbart unterschiedliche Entwicklungen innerhalb der kommunalen Gebietskörperschaften: Die Schulden der kreisfreien Städte erhöhten sich um lediglich 0,1 Prozent auf rund 6,1 Milliarden Euro. Die rechnerische Pro-Kopf-Verschuldung lag bei 5 750 Euro.

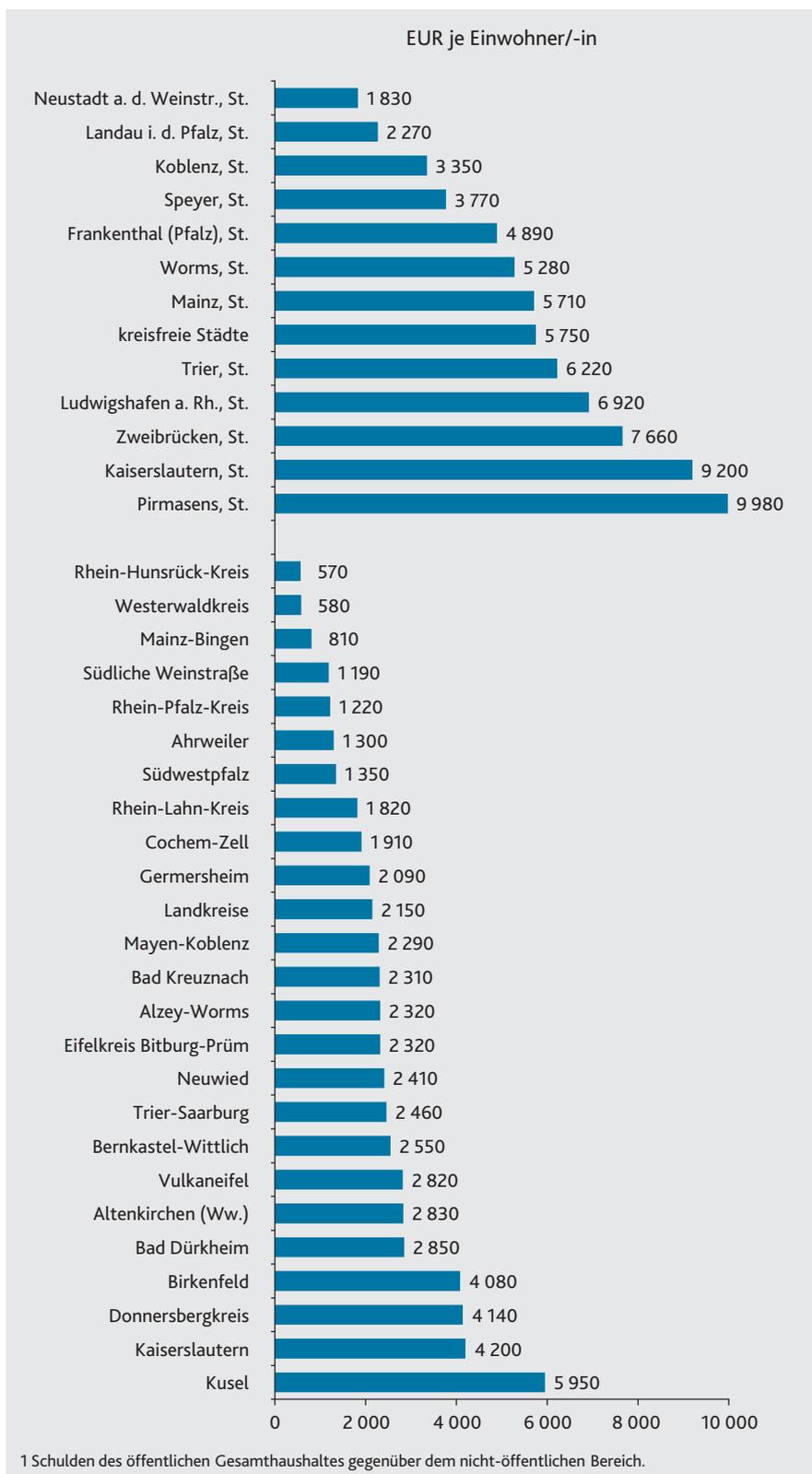
Anders stellt sich die Situation in den Landkreisbereichen (Kreise einschließlich der zugehörigen Verbands- und Ortsgemeinden) dar. Hier stieg die Schuldenlast deutlich um 1,7 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro bzw. auf durchschnittlich 2 150 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner.

Innerhalb der kreisfreien Städte und der Landkreisbereiche waren teilweise große Unterschiede zu beobachten. Bei den kreisfreien Städten wurden für Neustadt an der Weinstraße (1 830 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner) die niedrigsten, für Pirmasens (9 980 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner) hingegen die höchsten Schuldenquoten gemessen. Innerhalb der Landkreisbereiche konnten der Rhein-Hunsrück-Kreis sowie der Westerwaldkreis die niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldungen für sich reklamieren (570 bzw. 580 Euro). Am anderen Ende der Skala stand deutlich abgeschlagen der Landkreisbereich Kusel. Hier fiel die Verschuldung rund zehnmal höher aus (5 950 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner).

Werden nur die Landkreishaushalte betrachtet, ergibt sich für 2016 eine Schuldenbelastung von insgesamt 2,5 Milliarden Euro (+0,3 Prozent). Auf jede Einwohnerin bzw. jeden Einwohner entfallen hierdurch rund 840 Euro. Die niedrigsten Werte stellten die Statistiker für Mainz-Bingen fest. Der Kreishaushalt war komplett schuldenfrei. Die höchsten Werte wurden für Kusel ermittelt. Die Schuldenlast des Kreises beläuft sich hier inzwischen auf 2 550 Euro je Einwohnerin und Einwohner.

Prinzipiell können sich das Land sowie die kommunalen Gebietskörperschaften durch Investitionskredite, Liquiditätskredite und Wertpapierkredite verschulden.

Liquiditätskredite, die als ein Instrument zur Überbrückung von vorü-

Schulden¹ 2016 nach Verwaltungsbezirken

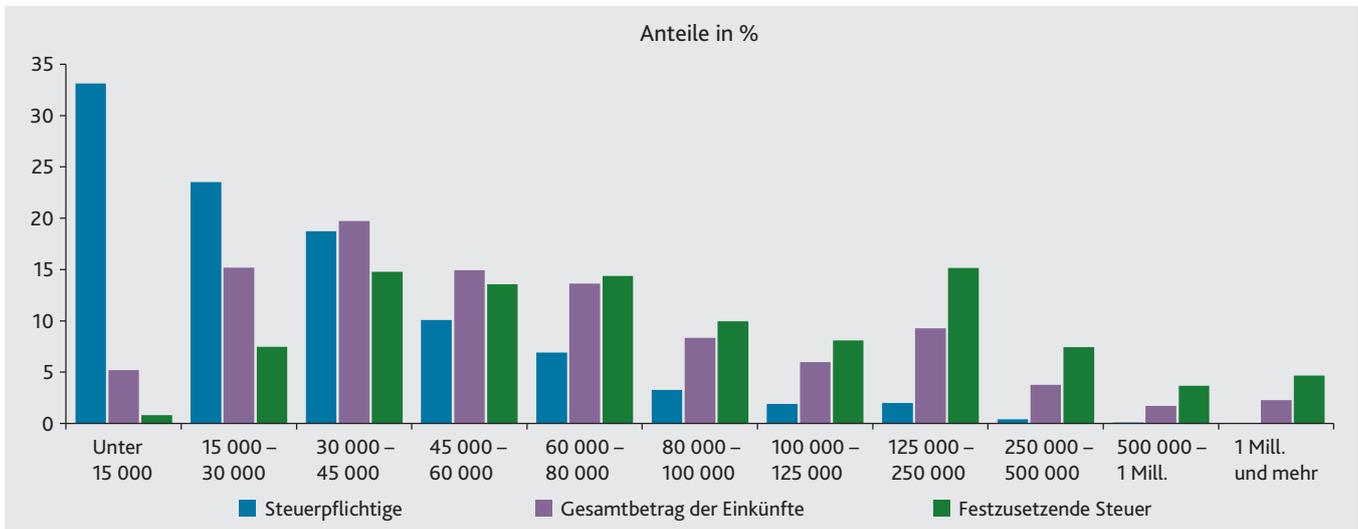
bergehenden Kassenanspannungen dienen, machen bei den Kommunen inzwischen einen hohen Anteil an der Gesamtverschuldung aus. Die kreisfreien Städte hatten 54 Prozent ihrer Gesamtverschuldung in Form von kurzfristigen Liquiditätskrediten aufgenommen (2015: 56 Prozent). Im Landkreisbereich betrug der Anteil der Liquiditätskredite 41 Prozent (2015: 40 Prozent).

Das Land wies indessen zum 31. Dezember 2016 gar keine Liquiditätskredite mehr auf (2015: zwei Prozent der Gesamtverschuldung). Als Verschuldungsinstrument nutzt das Land überwiegend Wertpapiersschulden.

Die langfristige Betrachtung zeigt, dass sowohl die Schuldenlast des Landes als auch die der kommunalen Gebietskörperschaften deutlich gestiegen ist. Gegenüber dem Jahr 2000 wuchs die Pro-Kopf-Verschuldung für Land und Kommunen zusammen um 78 Prozent. Die Schuldenquote erhöhte sich in diesem Zeitraum für das Land um 64 Prozent und für die Kommunen um 126 Prozent.

Im aktuellen Bundesvergleich weist Rheinland-Pfalz 2016 überdurchschnittlich hohe Schulden auf. Bezogen auf die Landesebene liegt der Wert hier um 19 Prozent, bezogen auf die Kommunen sogar um 54 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. In der Gesamtschau ergibt sich somit eine Verschuldung für das Land Rheinland-Pfalz und seine Kommunen, die rund 27 Prozent über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer liegt.

Steuerpflichtige, Gesamtbetrag der Einkünfte und festzusetzende Steuer 2013 nach Größenklassen



Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte steigt um neun Prozent

Die knapp zwei Millionen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz erzielten im Jahr 2013 einen durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte von 34 912 Euro. Das entspricht einem Plus von neun Prozent bzw. 2 881 Euro gegenüber dem Jahr 2010. Die festgesetzte Einkommensteuer betrug im Durchschnitt 5 834 Euro und legte damit um rund 14 Prozent zu.

Die Einkünfte sind ungleich verteilt. Knapp 650 000 und damit ein Drittel der Steuerpflichtigen erzielten einen Gesamtbetrag der Einkünfte von weniger als 15 000 Euro. Zusammen gerechnet machten die Einkünfte dieser Gruppe lediglich rund fünf Prozent des Gesamtbetrages der Einkünfte aller Steuerpflichtigen aus. Die auf diesen Personenkreis entfallende Steuer

betrug sogar weniger als ein Prozent der landesweit festgesetzten Lohn- und Einkommensteuer. Demgegenüber trugen die 601 Einkommensmillionäre (Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr) 2,3 Prozent zum Gesamtbetrag der Einkünfte und 4,7 Prozent zur festgesetzten Steuer bei.

Unterschiede offenbaren sich zudem bei der Betrachtung der überwiegenden Einkunftsart. Der Großteil der Steuerpflichtigen (85 Prozent) hatte überwiegend Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit. Der Gesamtbetrag der Einkünfte lag für diese Gruppe bei durchschnittlich rund 33 000 Euro. Der höchste durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte, wurde hingegen mit 103 000 Euro von Steuerpflichtigen erzielt, deren Einkünfte überwiegend aus selbstständiger Arbeit resultierten. Besonders markante Veränderungsra-

ten gegenüber dem Jahr 2010 sind bei den gut 12 000 Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft zu beobachten: Die Anzahl der Steuerpflichtigen ging um rund ein Drittel zurück, während der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte um 79 Prozent wuchs.

Die höchsten durchschnittlichen Gesamtbeträge der Einkünfte wurden im Jahr 2013 in den im Südosten des Landes gelegenen Gebietskörperschaften erreicht. Spitzenreiter war der Landkreis Mainz-Bingen mit über 42 800 Euro, gefolgt vom Landkreis Bad Dürkheim mit rund 40 000 Euro. Schlusslichter bildeten die kreisfreie Stadt Pirmasens und der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit 27 800 bzw. 30 000 Euro. Insgesamt lag der Durchschnitt in den Landkreisen um rund fünf Prozent höher als in den kreisfreien Städten.

Infrastrukturinfos ergänzen Regionaldatenangebot

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat sein Regionaldatenangebot um Informationen zur Infrastruktur erweitert. Damit wird ein Überblick gegeben über die Ausstattung der Kommunen mit Einrichtungen des täglichen Bedarfs, von der Kita über die Schule bis zu Einkaufsmöglichkeiten und ärztlicher Versorgung.

Die Infrastrukturinfos ergänzen das Regionaldatenangebot „Meine Heimat“, das statistische Daten zu zahlreichen Themen für alle Städte und Gemeinden enthält. Das neue Angebot greift unter anderem auf Zahlen aus den Bildungs- und den Gesundheitsstatistiken zurück. Herzstück ist das Unternehmensregistersystem (URS), in dem alle Betriebe und Unternehmen geführt werden, die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben und einen Mindestumsatz von 17 500 Euro erzielen. Dieses Register, das früher ausschließlich der Steuerung von Erhebungen diente, kann inzwischen auch für statistische Auswertungen genutzt werden. Im Infrastrukturangebot ermöglicht es die Darstellung der Anzahl der Betriebe beispielsweise in der Gastronomie und im Lebensmitteleinzelhandel. Da die

Zuordnung zu einer Branche sich nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt richtet, kann es sein, dass in Einzelfällen die dargestellten Zahlen nicht den aktuellen bzw. den Kenntnisstand vor Ort abbilden. Wenn etwa eine Fleischerei ihren Schwerpunkt im Catering hat, dann wird sie im Unternehmensregister unter Gastronomie geführt und nicht unter Einzelhandel mit Lebensmitteln. Ebenso ist es möglich, dass eine Gaststätte dem Beherbergungsgewerbe zugeordnet ist. Ferner kann es vorkommen, dass ein Betrieb am Wohnsitz des Inhabers geführt wird, der in einem anderen Ort lebt.

Da ein Ort auch danach bewertet wird, wie das Angebot im Umland ist, enthält das neue Portal zusätzlich Informationen zum Grund- bzw. Mittelzentrum in der jeweiligen Verbandsgemeinde. Ergänzt wird das Angebot um Links zu Portalen, etwa zum Bürger- und Unternehmensservice Rheinland-Pfalz und zum Sozialportal, das unter anderem Informationen zur Pflegeinfrastruktur enthält. Die Informationen zum Infrastrukturangebot finden Sie unter: www.statistik.rlp.de/de/regional/meine-heimat/

← Meine Heimat

Meine Heimat

Hier finden Sie ausgewählte statistische Daten zu Ihrer Heimat. Mittels übersichtlicher Tabellen und grafischer Schaubilder können Sie sich über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegebenheiten in Ihrer Gemeinde oder Ihrer Stadt, in Ihrem Kreis oder Ihrer Verbandsgemeinde informieren. Die Informationen werden direkt aus unserer Datenbank zusammengestellt. Damit ist einerseits sichergestellt, dass Sie die jeweils aktuellsten Daten erhalten, andererseits kann es je nach Auswahl einen kurzen Augenblick dauern, bis das Ergebnis erscheint. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn zu Ihrer Auswahl längere Zeitreihen gebildet werden müssen, wie beispielsweise zur Darstellung der Bevölkerungsentwicklung.

KREISEBENE



Mein Kreis, meine kreisfreie Stadt

Informationen direkt aus der Datenbank für alle 24 Landkreise und 12 kreisfreien Städte

VERBANDSGEMEINDEEBENE



Meine Verbandsgemeinde

Informationen direkt aus der Datenbank für alle Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden

GEMEINDEEBENE



Mein Dorf, meine Stadt

Informationen direkt aus der Datenbank für alle Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz

GEMEINDEEBENE



Infrastruktur

Wie sieht es mit der Infrastruktur in den Kommunen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz aus? Wo ist die nächste Schule, wo sind die nächsten Einkaufsmöglichkeiten und vieles mehr...